Zentralverband des
Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Neustädtische Kirchstraße 7a
10117 Berlin
T +49 30 206455 0
zv@baeckerhandwerk.de
www.baeckerhandwerk.de

Büro Brüssel: c/o ZDH
Haus der Europäischen Wirtschaft
Rue Jacques de Lalaing 4
B - 1040 Brüssel
T +32 2 2868060

Konto: Commerzbank
DE52 3804 0007 0276 1526 00
DE 123383746

Der Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V. ist registrierter Interessenvertreter und in das Lobbyregister beim Deutschen Bundestag eingetragen.

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e. V.
Neustädtische Kirchstraße 7a · 10117 Berlin

An den
Deutschen Städte- und Gemeindebund
Marienstrasse 6
12207 Berlin (Lichterfelde)

Per E-Mail: dstgb@dstgb.de

Berlin, 15.05.2026

Eilt sehr! Bitte sofort vorlegen! Offener Brief an den Deutschen Städte- und Gemeindebund

Kommunale Verpackungssteuern gefährden Betriebe des Bäckerhandwerks und die Attraktivität unserer Innenstädte

Sehr geehrter Herr Spiegler,
sehr geehrter Herr Dr. Berghegger,
sehr geehrte Damen und Herren,

die finanzielle Situation vieler Städte und Gemeinden ist seit Jahren angespannt. Die zunehmende Übertragung staatlicher Aufgaben auf die kommunale Ebene hat vielerorts zu erheblichen Belastungen der Haushalte geführt. Wir haben Verständnis dafür, dass Kommunen deshalb nach Wegen suchen, ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zu sichern und stabile Einnahmequellen zu erschließen.

Mit großer Sorge beobachten wir jedoch, dass immer mehr Städte und Gemeinden die Einführung kommunaler Verpackungssteuern prüfen oder bereits umgesetzt haben. Die nun vorliegenden Ergebnisse der ersten umfassenden Erhebung der Industrie- und Handelskammer Freiburg dazu zeigen eindrücklich, welche gravierenden Folgen diese Steuer insbesondere für Betriebe des Bäckerhandwerks hat.

Die Ergebnisse der Befragung unter 107 Betrieben zeichnen ein alarmierendes Bild: Die kommunale Verpackungssteuer wird überwiegend als bürokratisch, wirtschaftlich belastend und im Betriebsalltag nur schwer praktikabel wahrgenommen. Besonders deutlich zeigen sich die Auswirkungen im To-go-Geschäft. Rund zwei Drittel der Betriebe berichten von Umsatzrückgängen bei Kaffee- und Heißgetränken sowie bei warmen Speisen zum Mitnehmen. Knapp die Hälfte verzeichnet zudem Rückgänge bei einwegverpackten Mitnahmeartikeln allgemein. Teilweise berichten Betriebe sogar von Umsatzeinbußen von über 60 Prozent. Diese Entwicklung trifft das Bäckerhandwerk in einer ohnehin äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage. Gestiegene Energie- und Rohstoffkosten, hohe Benzin- und Spritpreise, zunehmende Kaufzurückhaltung vieler Verbraucherinnen und Verbraucher sowie ein wachsender

Kostendruck belasten die Betriebe massiv. Bereits heute verzeichnen wir in unserer Branche einen besorgniserregenden Anstieg der Insolvenzen. Die kommunale Verpackungssteuer verschärft diesen Druck zusätzlich, schmälert wichtige Umsätze und Erträge und gefährdet damit weitere unternehmerische Existenzen. Es steht zu befürchten, dass infolge der Einführung einer kommunalen Verpackungssteuer zahlreiche Betriebe gezwungen sein werden, Verkaufsstellen oder sogar den ganzen Betrieb aufzugeben.

Hinzu kommen erhebliche Belastungen im betrieblichen Alltag. Mehr als die Hälfte der befragten Betriebe berichtet regelmäßig von Konflikten mit Kundinnen und Kunden. Über 80 Prozent nennen zusätzlichen organisatorischen Aufwand, rund 71 Prozent beklagen eine geringe Kundenakzeptanz. Zusätzlich entstehen erhebliche Kosten durch die Anpassung von Kassensystemen, Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Investitionen in Mehrweg- und Spülsysteme sowie zusätzlichen Verwaltungs- und Beratungsaufwand.
Besonders ernüchternd ist dabei, dass die gewünschte ökologische Lenkungswirkung offenbar weitgehend ausbleibt. Knapp 78 Prozent der Betriebe geben an, dass Einwegverpackungen von Kundinnen und Kunden weiterhin bevorzugt werden. Die Steuer führt damit in erster Linie zu zusätzlichen Belastungen für Betriebe und Verbraucherinnen und Verbraucher, ohne das gewünschte Ziel nachhaltig zu erreichen.

Wir bitten die Städte und Gemeinden unseres Landes zu berücksichtigen, dass die Betriebe des Bäckerhandwerks weit mehr als reine Verkaufsstellen sind. Mit rund 9.000 Meisterbetrieben, 232.000 Beschäftigten, 11.000 Auszubildenden und etwa 45.000 Verkaufsstellen in ganz Deutschland leisten sie einen unverzichtbaren Beitrag zur Ernährungssicherheit, zur Ausbildung junger Menschen, zur Integration, zur wirtschaftlichen Stabilität und regionalen Wertschöpfung vor Ort. Sie halten Ortskerne und Innenstädte lebendig und schaffen soziale Begegnungsräume in Städten und Gemeinden. Gerade in ländlichen Regionen sind Bäckereien oftmals wichtige Anker für Nahversorgung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darüber hinaus weisen Sicherheitsexpertinnen und -experten seit Jahren darauf hin, dass das Bäckerhandwerk auch in Krisensituationen, bspw. bei Extremwetterlagen oder möglichen langanhaltenden Stromausfällen, eine wichtige Rolle als dezentraler Versorger der Bevölkerung mit dem Grundnahrungsmittel Brot und Backwaren einnimmt.

Vor diesem Hintergrund appellieren wir eindringlich an den Deutschen Städte- und Gemeindebund sowie an die Städte und Gemeinden in Deutschland: In der gegenwärtigen angespannten Lage sollte alles unterlassen werden, was die wirtschaftliche Situation der Betriebe zusätzlich verschärft und unternehmerische Existenzen gefährdet. Wir fordern daher, kommunale Verpackungssteuern dort, wo sie bereits eingeführt wurden, unverzüglich auszusetzen und dort, wo ihre Einführung diskutiert wird, von entsprechenden Vorhaben Abstand zu nehmen. Wir bitten Sie darum, sich hierfür einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks e.V.

Roland Ermer
Präsident

Dr. Friedemann Berg
Hauptgeschäftsführer